

# ZU DEN ANKÜNDIGUNGEN DER BUNDESREGIERUNG VOM 13.3.2020

von Prof. Dr. Sebastian Dullien, Wissenschaftlicher Direktor des IMK

Die Bundesregierung hat mit den Ankündigungen von Bundesfinanzminister Olaf Scholz und Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier die Handlungsfähigkeit der Regierung bewiesen. Die vorgestellten Maßnahmen sind alle zielführend und dürfen einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Wirtschaft angesichts des Corona-Schocks leisten. Tatsächlich sind die Maßnahmen wesentlich umfangreicher und größer, als es wohl die meisten Ökonomen noch Mitte dieser Woche für kurzfristig denkbar gehalten haben.

Zentral an den angekündigten Maßnahmen ist das Versprechen praktisch unbegrenzter Liquiditätsunterstützung für Unternehmen über Kredite über die KfW, insbesondere für kleine und mittelständige Unternehmen. Dieses Versprechen dürfte dazu beitragen, dass Banken nicht den Kredithahn für Betriebe zudrehen, wenn die Umsätze im Rahmen der Corona-Krise einbrechen.

Über die Ausweitung des Gewährleistungsrahmens für die KfW und angesichts noch nicht ausgeschöpfter Spielräume werden damit kurzfristig und ohne größeres Gesetzgebungsverfahren mehr als 100 Mrd. € bereitgestellt. Mit entsprechenden Mehrheiten im Bundestag kann diese Summe noch ausgeweitet werden, und die beiden Minister haben klar gemacht, dass sie dazu auch bereit sein werden. Schon die mehr als 100 Mrd. € sind aber eine beeindruckende Summe. In der Krise 2008/9 waren vergleichbare Instrumente mit nur knapp mehr als 40 Mrd. € weniger als halb so umfangreich.

Auch die angekündigten Steuerstundungen und das Aussetzen von Vorauszahlungen verschafft den Unternehmen ganz dringend benötigte Liquidität.

Es ist sehr zu begrüßen, dass die Regierung hier nicht kleckert, sondern klotzt. Die deutsche Wirtschaft steht am Rande der gefährlichsten Krise seit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/9. Anders als bei der Krise vor rund 10 Jahren hat die Regierung nun nicht allmählich, sondern sofort und unmittelbar gehandelt. Das ist wichtig, denn eine frühe Stabilisierung verhindert Unternehmenspleiten und Stellenabbau.

Allerdings wird auch mit dem Paket eine Rezession der deutschen Wirtschaft nicht vermieden werden. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt dürfte im zweiten und wahrscheinlich auch noch dritten Quartal deutlich schrumpfen.

Derzeit geht es vor allem um die Stabilisierung von Einkommen und Beschäftigung. Ab der Jahresmitte wird es dann um eine neue Ankurbelung der Nachfrage geben. Die Regierung wird so in den kommenden Wochen und Monaten noch einmal weiter

Instrumente nachlegen müssen. So wird man darüber reden müssen, wie Einkommensverluste von Arbeitslosen und Beschäftigten unter Kurzarbeit ausgeglichen werden, wenn sich der Beschäftigungsverlust materialisiert.

Die heutige Ankündigung von Olaf Scholz, dass dann noch ein Konjunkturpaket nachgelegt werden kann, ist ein Signal, dass die Bundesregierung auch dann handeln wird. Diese Entschlossenheit ist wichtig, um die Erwartungen zu stabilisieren. Die nun von der Regierung auf den Weg gebrachten Maßnahmen stimmen damit in großen Teilen mit dem überein, was sechs führende deutsche ÖkonomInnen gemeinsam mit mir am Mittwoch vorgeschlagen hatten: Unter anderem hatten wir Steuerstundungen und das Aussetzen von Vorauszahlungen vorgeschlagen, um den Unternehmen Liquidität zu verschaffen, ebenso hatten wir die Ausweitung der Kurzarbeitsregeln begrüßt, die das Kabinett bereits am Dienstag entschieden hatte. Das Papier ist zu finden unter [http://www.boeckler.de/pdf/imk\\_COVID\\_V7\\_cn.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/imk_COVID_V7_cn.pdf) .